



Resolution der Versammlung der Delegierten des VdG in Polen zur Ausrufung durch den Sejm der Republik Polen des Jahres 2019 zum „Jahr der schlesischen Aufstände“

Bewusst der Tatsache, dass der Sejm der Republik Polen das Jahr 2019 zum „Jahr der schlesischen Aufstände“ anlässlich des 100. Jahrestages des Ausbruches des I. schlesischen Aufstandes erklärte und dass diese Tatsache sich samt anderen Tatsachen in die Feierlichkeiten des 100. Jahrestages der Wiederherstellung der Republik Polen eingliedern, möchten wir uns, als der höchste Repräsentant der Gemeinschaft der Deutschen in Polen, mit einer Bitte um die Begehung des Jahrestages wie auch der weiteren Jahrestage in Würde und mit Hochachtung gegenüber der damals entzweiten Parteien des brudermörderischen Konfliktes.

Aus der Zeitperspektive nehmen wir die damaligen Bemühungen der internationalen Gemeinschaft - die nicht fehlerlos waren - bei Errichtung der europäischen Nachkriegsordnung, die Idee der Herausbildung neuer Nationalstaaten mit dem Bewusstsein der kulturellen Vielfalt in Regionen in Einklang zu bringen, die durch neue Grenzen zu teilen waren, wahr. Im Endeffekt wurde der Versuch unternommen, den Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker durch die Idee der Abstimmungen und durch die Bemühungen der Schaffung der Grundlagen für die Minderheitenpolitik gegenüber der nationalen und ethnischen Volksgruppen mit Bestimmung deren Rechte auf eigene Sprache, Kultur und Bildung umzusetzen.

Aus diesem Grund darf die Erinnerung an die schlesischen Aufstände nicht getrennt von der Tatsache gepflegt werden, dass sich die Mehrheit der damaligen Schlesier in Oberschlesien (59,5%) und der Ermländer und Masuren (96,3%) durch das nach dem Versailler Vertrag in ihrer Heimat angeordnete Plebiszit für den Verbleib der Regionen im neuen Deutschland ausgesprochen haben, das nach der demokratischen Prinzipien gestaltet wurde. Mit Hochachtung begegnen wir der sehr hohen Beteiligung von 98% der Stimmberechtigten an der Abstimmung, was auf große Hoffnungen auf den demokratischen Vorgang und die Bedeutung der Entscheidungsfindung für die Stimmberechtigten hinweist.

Die Geschichtsschreibung lehrt, was auch gegenwärtige Forschung und Veröffentlichungen polnischer Historiker bestätigen, dass die Verbindung der Zukunft Ermlands, Masuren und Oberschlesiens durch die Entente mit dem Ausgang der Plebiszite und die nachträgliche für Polen ungünstige Ergebnisse bei einem Teil der Schlesier für Unzufriedenheit sorgte. Sie wurden durch inoffizielle Maßnahmen der Strukturen der Republik Polen unterstützt, was in Oberschlesien den Ausbruch der drei Aufstände zur Folge hatte, die als Versuch der Beeinflussung der Entscheidungen der Mächte durch die Politik der vollendeten Tatsachen galten. Vor der Tatsache der Einschränkung der Funktion der deutschen Staatsorgane auf dem Abstimmungsgebiet und der Probleme mit der Beibehaltung der Neutralität durch die stationierenden Streitkräfte der Entente, unternahmen die Schlesier, die ihre Zukunft in Grenzen Deutschlands sahen, mit anderen Vertretern der deutschen Gemeinschaft

Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit des damaligen deutschen Staates gewährleisten sollten. Infolge der Spaltung der oberschlesischen Gesellschaft kam es zu brüdermörderischen Kämpfen in dem Lande, das über Jahrhunderte das Vorbild des friedlichen Miteinanders trotz kultureller, sprachlicher und religiöser Unterschiede darstellte. Das Ergebnis war die schmerzhafteste Teilung Schlesiens. Historisch, kulturell und wirtschaftlich zusammengewachsenes Land, Orte und Familien wurden auseinandergerissen.

An symbolischer 100. Wiederkehr der Ereignisse möchten wir über die Meinungen hinaus im christlichen Geiste alle diejenigen ehren, die für ihre Sache den höchsten Preis bezahlten, indem sie eigenes Leben aufopfert. Mit Trauer neigen wir uns vor denjenigen, die während der Ereignisse und danach Diskriminierung, Ausgliederung erleiden mussten oder infolge der Umsiedlung eigene Häuser und eigene Heimat verloren. Es wurden davon nicht nur unsere Vorfahren aus Schlesien aber auch diejenigen in Masuren betroffen. Ehrfürchtig neigen wir uns vor denjenigen, die mit Zuversicht auf die Zukunft der Nachkriegszeit blickten und eingedenk der bürgerlichen Pflichten ihre Stimmen in den Plebisziten abgaben. Die Ehrfurcht präsentierte durch seine Haltung auf dem St. Annaberg der Staatspräsident Bronisław Komorowski, der sich über die Aufständische wie folgt äußerte: "Viele haben für den Traum vom polnischen Schlesien ihr Leben gegeben." Er hat jedoch hinzugefügt, dass sich gegen die schlesischen Aufständischen andere Schlesier gestellt hätten, "die, die deutsch gesinnt waren und wollten, dass Schlesien beim deutschen Staatsverband verbleibt." Wir bitten, den Jahrestag in diesem Geiste der Hochachtung für die Schlesier zu begehen, die - sei das durch ihre Stimme während des Plebiszites, sei das durch ihre Haltung während der schlesischen Aufstände 1919, 1920, 1921 – unterschiedliche Einsichten zur Entwicklung des Landes hatten, ihre Vaterlandsliebe unter Beweis stellten.

Wir sind den Historikern dankbar, die in der Gegenwart die Einschränkungen aus dem ideologischen Ansatz der „Geschichtspolitik“, insbesondere die aus der Zeit der Sanacja und später der Volksrepublik Polen zurückweisen und die ganze Komplexität der damaligen Politik der Großmächte: Groß Britannien, Frankreich, Vereinigte Staaten und Italien, aber auch derjenigen, die unmittelbar an Oberschlesien interessiert waren, d.h. von Polen und Deutschland forschen. Die Verbreitung der Ergebnisse der Arbeiten ist die Pflicht von uns allen, aber vor allem die der Bildungseinrichtungen, die diese Inhalte in ihren Lehrplänen und Schulbüchern berücksichtigen sollten. Objektive Vermittlung der Geschichte lässt sich einfacher mit der Erinnerung vertragen, die in tausenden von schlesischen Familien gepflegt wird.

Möge der Jahrestag zum Aufruf zur Eintracht in der Gesellschaft, Hochachtung für kulturelle und sprachliche Vielfalt der nationalen Minderheiten, zum Recht auf eigenes historisches Gedächtnis und zur Pflege der eigenen Identität werden. Er lasse uns die Bedeutung der guten deutsch-polnischen Beziehungen erkennen und die Integration der Länder innerhalb der Europäischen Gemeinschaft als Alternative für Konflikte um eigene partikuläre Interessen der Gemeinschaften auf unserem Kontinent wahrnehmen.

Die Versammelten möchten einen Appell richten, eine Initiative zu ergreifen, um in Schlesien eine Gedenkstätte für damalige Ereignisse einzurichten, die im Sinne der Versöhnung und der

Überwindung der Ursachen der damaligen Konflikte entstehen würde. Die Initiative sollte um diese Idee Staatsorgane und kommunale Organe sowie alle schlesischen gesellschaftlichen und kulturellen Kreise und nationale Minderheiten vereinen. Den Appell richten die Versammelten auf dem St. Annaberg gleichwohl getragen von der Sorge um die Umsetzung der Worte, die der Papst Johannes Paul II. auf St. Annaberg aussprach: „dieses Land braucht immer noch eine vielfältige Aussöhnung.“

St. Annaberg, den 11. Mai 2019